Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

28.04.1986 - Drucksache 11/620

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/620
28. 04. 86

Antrag der Fraktion der GRÜNEN

Vorlage eines Sozialhilfeberichtes und eines Entwicklungsberichtes der sozialen Dienste

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Armut im Bundesland Bremen hat in den letzten Jahren beständig zugenommen. Ziel der senatorischen Politik im Bereich Soziales war es, trotz „eines eingeengten finanziellen Handlungsraumes" die materielle Existenzsicherung zu verbessern und die sozialen Dienste an diese gewachsenen Aufgaben anzupassen.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß die Folgen der Eingriffe in das soziale Sicherungsnetz durch die sozialliberalen und christlichliberalen Bundesregierungen und die Auswirkungen der von der sozialdemokratischen Landesregierung vorgenommenen Maßnahmen größerer Aufmerksamkeit des Parlamentes und der Regierung bedürfen. Um auf der Basis besserer und verläßlicherer quantitativer und qualitativer Daten sozialpolitische Entscheidungen zur Beseitigung oder Milderung der Armut fällen zu können, ist die Erstellung eines Sozialhilfeberichtes und eines Entwicklungsberichtes über die Sozialen Dienste dringend erforderlich.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf,

1. bis September 1986 einen detaillierten Bericht über die Entwicklung der sozialen Armut im Lande Bremen und der wirtschaftlichen Hilfen nach dem BSHG zu erstellen,
2. bis September 1986 einen detaillierten Bericht über die Entwicklung der sozialen Dienste im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung oder der Aktivitäten frei-gemeinnütziger Träger vorzulegen.

Die beiden Berichte sollen eine Planungsgrundlage für die Entwicklung der Sozialhilfe und des sozialen Dienstleistungsangebots bis in die 90er Jahre sein. Sie sollen daher auch folgende Fragen beantworten:

I. Fragen an den Sozialhilfebericht:

1. Wie haben sich die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und die Zahl der Hilfeempfänger in dem Zeitraum 1980—1985 entwickelt?

2. Wie haben sich die durchschnittlichen Aufwendungen für Miete, differenziert nach Haushaltsgröße, in diesem Zeitraum entwickelt? Wie häufig wurden Maklergebühren und Deponate übernommen? Wie hoch waren hierfür die Ausgabenvolumina?

3. Wie haben sich die durchschnittlichen Aufwendungen pro Berechtigten für einmalige Leistungen, differenziert nach Hilfeart (z. B. Kleidergeld, Heizkostenzuschuß, Einrichtungshilfen usw.), entwickelt?

4. Wie hat sich der Umfang und die Zahl der Empfänger von Mehrbedarfszuschlägen entwickelt, differenziert nach Zuschlagart?

5. In wie vielen Fällen wurde in dem Zeitraum HLU in der Form von Wertgutscheinen oder einmalige Leistungen als Sachleistungen gewährt, differenziert nach Personengruppen, Leistungsart und Maßnahmebereich?

6. Wie hat sich die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HBL), differenziert nach Hilfearten, entwickelt?

7. Wie hoch war der Anteil stationärer Pflegekosten bei der Hilfe zur Pflege und wie hoch die durchschnittlichen Pflegesätze, differenziert nach Pflegeklassen?

8. Wie hoch war der Eigenanteil an den Pflegekosten bzw. der unterhaltspflichtigen Angehörigen?

9. In wie vielen Fällen wurde anrechenbares Vermögen herangezogen, und wie häufig waren darunter selbstbewohnte Eigenheime oder Eigentumswohnungen?

10. Wie haben sich die Ausgaben und die Zahl der Berechtigten für das Landespflegegeld entwickelt?

11. Wie hoch ist die Zahl der Pfegegeldempfänger nach § 69 BSHG und die Zahl der Blindengeldempfänger nach § 67 BSHG? Wie hoch sind die Gesamtaufwendungen, und wie verteilen sich die Pflegegeldempfänger auf die Bereiche erhebliche, außergewöhnliche und Pflegebedürftigkeit nach § 24 Abs. 2 BSHG?

12. Wie viele Pflegegeldempfänger erhalten zu dem Landespflegegeld aufstokkend Leistungen nach § 69 Abs. 4 Satz 2 BSHG? Wie werden die Anrechnungsmodalitäten gehandhabt?

13. Wie viele Pflegegeldempfänger erhalten zusätzlich eine Kostenerstattung für Pflegekräfte, wie entwickelte sich der Gesamtaufwand und wie die durchschnittlichen Anrechnungsbeträge?

14. Wie viele Heimbewohner erhalten das gekürzte Landespflegegeld, und welche Leistungen werden darauf angerechnet?

15. Wie hat sich der Betrag der Eingliederungshilfe für Behinderte und die Zahl der Empfänger, differenziert nach Maßnahmearten, entwickelt (ohne Martinshof)?

16. Wie haben sich die Einkommensleistungen bzw. „Sozialumschlag" (brutto, netto, nach Abzug von Anrechnungen), differenziert nach Einkommensgrößenklassen, der Werkstattmitarbeiter des Martinshofes entwickelt?

17. Wie hoch waren die durchschnittlichen Aufwendungen für den Martinshof pro Mitarbeiter nach Abzug der Einkommensleistungen?

18. Wie haben sich die Ausgaben für Freizeitmaßnahmen, für Aus- und Weiterbildung für Werkstattmitarbeiter entwickelt, differenziert nach Maßnahmearten?

19. Wie viele Sozialhilfeempfänger erhalten Krankenhilfe, für wie viele werden Krankenkassenbeiträge übernommen und wie haben sich die Ausgaben, differenziert nach Maßnahmeart, entwickelt?

20. Wie viele HLU-Empfänger beziehen gleichzeitig Leistungen nach dem AFG (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe), nach der RVO/AVG (Alters-, Hinterbliebenen-, Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrenten) oder Arbeitseinkommen sowie andere Sozialleistungen, die anrechnungsfähig sind?

21. Die Daten sind, um ihre Entwicklung festzustellen, jahrgangsweise aufzuschlüsseln.

II. Fragen an den Entwicklungsbericht sozialer Dienste:

1. Welche zusätzlichen Angebote hat der Senator für Jugend und Soziales für besonders krisennahe Personengruppen entwickelt und welche Angebote wurden dafür reduziert?

2. Wie haben sich die Fallzahlen, die Inanspruchnahme bei den verschiedenen Angebotsbereichen entwickelt? Wie wurde die Personal- und Sachmittelausstattung angepaßt?

3. Wie haben sich die sozialen Dienste beim Senator für Jugend und Soziales und wie die der Wohlfahrtsverbände entwickelt, differenziert nach Träger, Angebotsart und Zielgruppe?

Helmke und Fraktion der GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen